

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

Das Zeitalter der Sozialdemokratie

Schweden und Norwegen im 20. Jahrhundert¹

Francis Sejersted

Summary

The article gives an account of the main ideas of the author's book containing a comparative analysis of the development of social democracy in Sweden and Norway in the 20th century. The social democratic order is seen as an order in its own right, which is something between a communist and a capitalist order. Emphasis is laid on the development of social integration, industry, welfare and democracy. The latter follows from the rejection of the totalitarian threats from both left and right. Around 1960 social democracy reaches its "happy moment". A period of criticism follows in which the old ideal of "equality" is replaced by the ideal of "freedom" and that of "unity" by "variety". The sense of having found the road to a better future fades along with some of the characteristic traits of social democracy.

Dr. Francis Sejersted ist Professor am Institut für Sozialforschung der Universität Oslo.

In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts veröffentlichte John Kenneth Galbraith seine Analysen der modernen Gesellschaft. Darin argumentiert er, dass die Technologie die Hauptantriebskraft der Gesellschaftsentwicklung sei und besondere Anforderungen an die Organisation der Gesellschaft stellte. Er meinte aufzeigen zu können, dass die beiden konträren industriellen Systeme, die sowjetische Kommandowirtschaft und der amerikanische Kapitalismus, dabei waren zu konvergieren und in einer höheren Einheit aufzugehen, dem neuen Industriestaat. Gleichzeitig nahm er eine kritische Haltung zu den real existierenden Gesellschaften ein und warnte vor den weniger positiven Seiten der Konsumgesellschaft, doch er äußerte sich nicht nur pessimistisch:

[...] for if economic goals are the only goals of the society it is natural that the industrial system should dominate the state and the state should serve its ends. If other goals are strongly asserted, the industrial system will fall into its place as a detached and autonomous arm of the state, but responsive to the larger purposes of the society.²

Galbraith wurde viel gelesen, nicht zuletzt in Schweden und von Sozialdemokraten. Indem er eine Gesellschaftsform beschrieb, die weder Kommunismus noch Kapitalismus war, und indem er die Bedeutung von Technologie und Industrie betonte, fasste er jene Gesellschaftsformation in Worte, welche die Sozialdemokraten zu verwirklichen meinten. Galbraith erschien ihnen als Bestätigung dafür, dass sie auf dem richtigen Weg waren. Die Sozialdemokraten hatten von ihrem Marxismus der Zwischenkriegszeit Abstand genommen und arbeiteten mit bürgerlichen

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

Kräften zusammen, um eine moderne Industrie aufzubauen. Der Kapitalismus musste reifen, bevor er in eine sozialistische Gesellschaft konvertiert werden konnte. Nun erlebten sie, dass dieser Prozess natürlicherweise zu etwas führte, was sie als sozialdemokratische Gesellschaft verstanden, also weder Sozialismus noch Kapitalismus, sondern eine Ordnung eigenen Rechts.

Drei führende norwegische Historiker aus der Hochzeit der Sozialdemokratie haben drei verschiedene Charakterisierungen der sozialdemokratischen Ordnung gegeben. Sverre Steen spricht von der "großen Versöhnung", Jens Arup Seip vom "leninistischen Einheitsstaat" und Edvard Bull d.J. von der "Vollendung des Kapitalismus".³ Alle diese scheinbar konträren Charakterisierungen werden gewissermaßen durch Galbraiths Synthese des neuen Industriestaates eingefangen. Trotzdem diente Galbraith nicht in gleicher Weise wie in Schweden zur Legitimation der Sozialdemokraten. Anders als Schweden war Norwegen kein moderner Industriestaat mit großen Unternehmen, die auf den internationalen Märkten operierten. Einige sahen dies mit Sorge und meinten, dass das Land in seiner Entwicklung zurückbleibe. Andere konnten darin einen Vorteil erkennen, ausgehend von einem anderen zentralen Motiv der Modernisierung, nämlich der Demokratisierung, worüber Galbraith nicht viel geschrieben hatte.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Demokratisierung in Norwegen weiter vorangekommen als in Schweden, während in Schweden die Industrialisierung weiter vorangekommen war. Dieser Unterschied schlug sich auch in normativer Hinsicht nieder. Es gibt eine Untersuchung aus den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts über die Bedeutung nationaler Symbole in den skandinavischen Ländern. Nationalmannschaften in verschiedenen Sportarten sowie Natur und Landschaft erzielten positive Bewertungen sowohl in Schweden als auch in Norwegen. Die markantesten Unterschiede finden wir zum einen in Bezug auf die zentrale demokratische Institution, das Parlament (*Storting/Riksdag*). Das *Storting* steht in Norwegen klar an der Spitze, während der *Riksdag* in Schweden weit unten auf der Liste erscheint. Zum anderen haben große Industrie- oder Technologiebetriebe relativ positive Bewertungen in Schweden, während sie in Norwegen fast herausfallen. Man verbindet also seine nationale Identität mit verschiedenen Institutionen. "Viele 'besorgte Reaktionen' in Schweden über das 'Ausflaggen' von Volvo im Januar 1999 können als Ausdruck für eine nationale Gefühlsaufwallung über den Verlust des 'Volksheims auf Rädern' gedeutet werden", wie Olaf Aagedal schreibt.⁴ In Norwegen könnten vergleichbare besorgte Reaktionen nur entstehen, wenn das *Storting*, das die Demokratie symbolisiert, etwas von seiner nationalen Souveränität an die übernationale EU abgeben sollte. In Wirklichkeit ist dies auch geschehen, allerdings ohne die Symbolik, die eine Mitgliedschaft gehabt hätte.

Nun sind sowohl die schwedischen als auch die norwegischen Sozialdemokraten Träger eines demokratischen Erbes, das sie von den Bürgerlichen übernommen haben. Es kann auch kein Zweifel bestehen, dass die Politiker bei der Realisierung der sozialdemokratischen Wohlstands- und Wohlfahrtsordnung das Volk auf ihrer Seite hatten. Anders

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

wäre es nicht möglich gewesen. Es war ein nationales Projekt, in dem die meisten schließlich der hegemonialen Führung der Sozialdemokraten in loyaler Opposition folgten. Steens "große Versöhnung" beschreibt eine Realität.

Nichtsdestotrotz ist die Kritik an der Sozialdemokratie größtenteils an mangelnder Demokratie festgemacht worden. Seips "leninistischer Einheitsstaat" oder Bulls "Vollendung des Kapitalismus" weisen als Charakterisierungen in denkbar gegensätzliche Richtungen, doch in einem Punkt konvergieren sie: Es ist keine Rede von Demokratie. Ein wichtiger Kritikpunkt hat sich gegen die Technokratie oder Expertenherrschaft gerichtet. In Norwegen sprach man von einer "Partnerschaft der Spitzenleute", in Schweden von der "Harpund-Demokratie". Probleme wurden durch interne Verhandlungen auf höchster Ebene gelöst. Dies konnte geschehen, weil die Probleme eigentlich nur als praktische Probleme betrachtet wurden, und dies wiederum, weil "die Ideologien tot waren", wie der bekannte schwedische Publizist Herbert Tingsten sagte.

Unter diesem Regime sehen wir einen Prozess, in dem die Parteien allmählich ihre Basis in den Volksbewegungen verlieren und zum verlängerten Arm des Staates werden. Dies ist nur ein Beispiel für eine generelle Tendenz, dass der Staat den Markt und die Zivilgesellschaft teilweise kolonisiert und Funktionen übernimmt, die vormals vom Markt oder von den informellen Kollektiven der Zivilgesellschaft ausgeübt wurden. Es ist charakteristisch, dass im vorherrschenden Diskurs "Staat" und "Gesellschaft" austauschbare Begriffe sind. Diese Verstaatlichung der Zivilgesellschaft bedeutet eine Schwächung der zivilgesellschaftlichen Kollektive und eine Aufhebung bzw. Verschiebung der Politik von unten zugunsten einer Politik von oben. Wie konnte dies geschehen? Die Antwort liegt in der in Skandinavien vorhandenen Tradition des starken Staates, aber sie liegt vielleicht vor allem im Erfolg des Projekts der Gesellschaftsbildung. So ist die List der Geschichte.

Der Krieg verschaffte Schweden einen deutlichen Vorsprung bei der Entwicklung der sozialdemokratischen Ordnung. Schweden wurde nach 1945 zum Modellland für Norwegen. Bis 1970 wurde entwickelt, was wir die sozialdemokratische Ordnung genannt haben. Das Spannungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit war nicht aufgelöst, insofern das subjektive Klassenbewusstsein durch die gesamte sozialdemokratische Periode hindurch intakt blieb. Aber der Streit war in geordnete Bahnen gelangt, indem sich etablierte, was wir ein Solidaritätsspiel nennen können. Die Parteien spielten ihre Rolle und erreichten Kompromisse, mit denen alle leben konnten. Diese ruhige Entwicklung hatte ihren Hintergrund in der umfassenden Einigkeit über die nationale Integration und über die Entwicklung des Industriestaates.

Der neue Industriestaat war von einem starken und gleichmäßigen Wirtschaftswachstum geprägt, vom Übergang von der Armutsgesellschaft zur Konsumgesellschaft, vom Ausbau des Wohlfahrtsstaates, der alle im Fall von Einkommensausfällen absicherte. Und dabei war nicht nur von einer Grundabsicherung die Rede, sondern im Prinzip von einer Standardabsicherung. Das heißt, dass niemand durch Einkommensausfälle

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

auf Grund von Krankheit, Alter oder anderem seinen Lebensstandard absenken musste. Im Laufe der sechziger Jahre meinte man zunehmend, dieses Ziel erreicht zu haben. Die Reformen waren durchgeführt, gekrönt durch die Einführung der Volkspension. Alles, was noch ausstand, waren kleinere Anpassungen.

Die wichtigsten Sozialisierungsarenen sind Familie und Schule. Durch diese Institutionen wird man in die Gesellschaft integriert. Die bürgerliche Familie war radikal kritisiert worden, unter anderen von Alva Myrdal, eine der führenden Ideologen der schwedischen Sozialdemokratie. Nichtsdestotrotz betrieb die Sozialdemokratie eine positive Familienpolitik. Bis 1970 dominierte das bürgerliche Familienideal mit Hausfrau und Mutter, obwohl immer mehr verheiratete Frauen erwerbstätig wurden. Auf der anderen Seite wurde besonderes Gewicht auf die Schulpolitik gelegt. Die Einheitsschule, die vorsah, dass alle Kinder so lange wie möglich in dieselbe Schule gehen sollten, wurde in Norwegen durch *Venstre* eingeführt und nach dem Krieg durch die schwedischen Sozialdemokraten übernommen, als Schweden die führende Schulnation wurde. Es ist symptomatisch, dass alle sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Schweden nach dem Krieg (Erlander, Palme, Carlsson und Persson) auch Bildungsminister mit Zuständigkeit für das Schulwesen waren. Norwegen folgte Schweden, so dass man von einer schwedisch-norwegischen Schulnation sprechen kann. Die Schaffung der neunjährigen Einheitsschule wurde in beiden Ländern als ein besonders wichtiges Mittel der sozialen Integration betrachtet.

Integration bedeutete, dass im Prinzip allen geholfen werden sollte, in die Gesellschaft integriert zu werden. Auf der anderen Seite mussten sie geformt und erzogen werden. Hier sehen wir die Einheitsvorstellung in ihrer klarsten Erscheinung. Die Menschen sollten in mehr oder minder gleicher Form erzogen werden. Dazu sollten nicht allein die Schulen dienen, sondern auch die sozialen Sicherungssysteme. Sie sollten zur Konstruktion des "anständigen Arbeiters" beitragen.

Auf Integration mussten stets Tendenzen der Segregation folgen, etwa in Form von Sonderschulen oder anderen Institutionen für solche, die sich nicht anpassten, durch Forderungen nach moralischer Gegenleistung für Sozialleistungen oder durch Sterilisationen zur Beseitigung unerwünschten Erbmaterials. Tendenzen in diese Richtung gab es, sie waren charakteristisch für die soziale Ingenieurskunst und eine Frucht des Einheitsideals. Gleichwohl muss hinzugefügt werden, dass diese Tendenzen kaum so weit gingen, wie manche Kritik dies im Nachhinein behauptete. Die Einheitsnorm war Teil des Integrationsprojektes und unter der Sozialdemokratie stark ausgeprägt, aber es gab auch eine humanistische Tradition, die die Abweichler beschützte. Die Sozialdemokratie war eine humane Gesellschaft, wenngleich mit therapeutischem Zuschnitt.

Die Einheitsnorm hing eng mit der Gleichheitsnorm zusammen. Gleichheit in Form des sozialen Ausgleichs war eine starke Norm, und es gibt kaum eine moderne Gesellschaft, die in dieser Hinsicht weiter gekommen ist als Schweden und, vielleicht besonders, Norwegen. Die solidarische

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

Lohnpolitik zeitigte die weltweit gleichmäßigste Einkommensstruktur.⁵ Es erscheint möglicherweise paradox, dass dies in einer Gesellschaft geschah, in der nach wie vor ein subjektives Klassenbewusstsein existierte. Teile des institutionellen Systems wie der Verhandlungskorporatismus basierten auf Klassendenken, während die Politik zugleich versuchte, die Klassenunterschiede abzubauen. Dies glückte auch, insofern als das subjektive Klassenbewusstsein während der siebziger Jahre ziemlich rasch verblasste. Dann drehte sich auch der Trend in Sachen sozialer Ausgleich und die Ungleichheiten nahmen zu. Vielleicht ist der Zusammenhang zwischen Klassenbewusstsein und sozialem Ausgleich nicht so paradox, wie er auf den ersten Blick scheint. In der Geschichte finden sich häufig solche dialektischen Muster: Das Klassenbewusstsein nährt die Politik des sozialen Ausgleichs, die ihrerseits die Klassenunterschiede abbaut, was wiederum die Politik schwächt und dazu führt, dass die objektiven Unterschiede wieder größer werden. Wir erahnen die Konturen einer neuen Klassengesellschaft.

Die sozialdemokratische Ordnung stellte keinen eindeutigen Sieg für ein vordefiniertes sozialdemokratisches Projekt dar. Die Entstehungsgeschichte dieser Ordnung ist nicht die Geschichte einer fertigen Idee, die im Laufe des Prozesses andere Ideen überlebt. Die Sozialdemokratie übernahm ein umfassendes historisches Erbe, und dieses hat sich im immerwährenden Widerspruch mit anderen Ideen und konkurrierenden Forderungen entwickelt. Es wurde eine Synthese oder eine Ordnung eigenen Rechts, die in einer gewissen Phase einigend wirkte. Unter der Sozialdemokratie wurde das große soziale Integrationsprojekt der Nationsbildung vollendet, soweit es zur Vollendung kam. Dies war der glückliche Moment der Sozialdemokratie.

Die allmählich entstehende Einigkeit schwächte die Opposition. Die Ideologien starben und der politische Dialog verstummte. Politik wurde eine technische Frage der Steuerung, etwas, was man den Experten überlassen konnte, oder es wurde eine Art Wettbewerb darum, wer als erster soziale Reformen durchführte. In Norwegen konnte eine bürgerliche Regierung das Werk durch die Einführung der Volkspension krönen, und zwar gemäß jenem Modell, das die Sozialdemokraten in Schweden eingeführt hatten. Der Prozess ist charakteristisch sowohl für das Verhältnis zwischen Schweden und Norwegen als auch für das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen. Das hohe Maß an Einigkeit oder die große Versöhnung, von der Sverre Steen sprach, begründete den politischen Erfolg im Hinblick auf die Verwirklichung des großen Modernisierungsprojektes, aber es begründete auch die Aufhebung von Politik bzw. das, was wir Steuerung von oben genannt haben.

Wir müssen einen Blick zurück einschieben. Eric Hobsbawm hat das 20. Jahrhundert durch Hinweise auf extremistische Bewegungen, Krisen und Kriege charakterisiert. Die skandinavischen Länder sind diesen Bedrohungen im Großen und Ganzen entgangen. Für sie war das 20. Jahrhundert durch wirtschaftlichen und demokratischen Fortschritt in Richtung der sozialdemokratischen Ordnung geprägt.

Das Projekt der Nationsbildung war alt. Der Traum der Integration aller

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

sozialen Gruppen in einer Nation war Teil des großen Modernisierungsprojektes, dessen Wurzeln bis in die Zeit der Aufklärung zurückreichen. Am Ende des 19. Jahrhunderts war dieses Projekt in eine Sackgasse geraten. Die sozialen Probleme wuchsen und fanden Ausdruck in den großen Volksbewegungen: der Enthaltensamkeitsbewegung, der freikirchlichen Bewegung und schließlich der Arbeiterbewegung. Es fand eine Mobilisierung von unten statt, die mit Kritik an der etablierten Gesellschaft einherging. Aus dieser Mobilisierung heraus entstanden im Wege einer stillen Revolution die politischen Parteien und die parlamentarische Herrschaftsform. Dass sie still werden würde, war keineswegs von vornherein klar, doch das wurde sie; ebenso wenig, dass sie institutionelle Formen annehmen würde, die zur Demokratie führten, doch sie fand sie. In anderen Ländern konnten die sozialen Krisen zu Entwicklungen in ganz andere Richtungen führen. Demokratische Volksnähe (*folkelighet*) war das Geschenk Skandinaviens an die Welt, schreibt Rune Slagstad.⁶ Aus dieser Mobilisierung des Volkes erwuchs in beiden Ländern auch die Arbeiterbewegung.

Arbeit stand gegen Kapital, und die Arbeiterbewegungen in beiden Ländern pflegten eine revolutionäre Rhetorik. Doch wie nah man revolutionärer Aktion kam, ist ungewiss. Am nächsten kam man ihr in Norwegen unter dem Einfluss der Russischen Revolution. Es ist jedoch unwahrscheinlich, ob diese zu einem tief greifenden gesellschaftlichen Umbruch hätte führen können. In beiden Ländern sollte sich die Arbeiterbewegung anpassen und innerhalb des etablierten parlamentarischen Systems arbeiten, allerdings auf je unterschiedliche Weise und zu unterschiedlichen Zeitpunkten. In Norwegen hatten die radikalen Bürgerlichen das allgemeine Stimmrecht für Männer schon vor dem Aufkommen der Arbeiterbewegung eingeführt. Auf dieser Basis konnten sie eine starke und progressive Herrschaft unter dem *Venstre*-Vorsitzenden, dem Kapitalisten und Ingenieur Gunnar Knudsen, etablieren. Knudsen wurde vorgeworfen, ein Staatssozialist zu sein, ließ sich dadurch aber nicht einschüchtern. Er pries den starken Staat und benutzte ihn, um die Industrialisierung auf Basis der Wasserkraft vorzubereiten, den Wohlfahrtsstaat einzuführen und den Klassenkampf zu bekämpfen. Dies war das Erbe, das die Sozialdemokraten übernehmen und in dem Maße weiterführen konnten, wie sie den Marxismus abschüttelten.

Schweden hatte eine andere soziale Struktur. Dort waren die radikalen Bürgerlichen im Verhältnis zur etablierten Gesellschaft schwächer. Deshalb kam die Demokratisierung später. Paradoxerweise trug dies dazu bei, dass die Arbeiterbewegung moderater wurde und zum Teil die Rolle annehmen konnte, die die radikale *Venstre* in Norwegen spielte. In Schweden wurden die Sozialdemokraten zur wichtigsten Stimmrechtspartei und erreichten ihr Ziel durch einen "Kuhhandel": Sie bekamen das allgemeine Stimmrecht, sollten dafür aber innerhalb des parlamentarischen Systems arbeiten. Nach Einführung des allgemeinen Stimmrechts konnte der sozialdemokratische Vorsitzende Hjalmar Branting 1920 eine der ersten sozialdemokratischen Regierungen der Welt bilden.

Die totalitäre Bedrohung von links wurde in beiden Ländern von der Arbeiterbewegung zurückgewiesen. Die Hauptströmung in der norwegischen Arbeiterbewegung spielte zwar mit revolutionären Gedanken,

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

ergab sich doch in der Zwischenkriegszeit in die parlamentarische Routine. In den Gewerkschaftsorganisationen dominierte außerdem die ganze Zeit der Reformismus. Bis in die dreißiger Jahre gab es Streit zwischen Arbeit und Kapital, der zeitweise zugespitzt und bitter war. Die Hitze des Gefechts lässt einen leicht das zugrunde liegende Gemeinschaftsprojekt übersehen. Der Ausgang des Kampfes, die Zurückweisung der totalitären Bedrohung, lässt sich jedoch nur schwer ohne Blick auf dieses Projekt erklären. Denn auch auf der bürgerlichen Seite war man natürlich über die soziale Krise besorgt. Die Politik versuchte, die Krise durch Sozialgesetzgebung und Zugeständnisse an die Radikalen zu mildern. Das parlamentarische System, so wie es von den Bürgerlichen aufgebaut worden war, sollte nach und nach auch die radikalen Kräfte einbeziehen, was letztlich dazu beitrug, dass die Mobilisierung des Volkes auf demokratische Weise erfolgte.

Die Demokratisierung, bei der Norwegen vorne lag, war ein wichtiger Teil des Gemeinschaftsprojektes. Die technisch-industrielle Modernisierung, bei der Schweden vorne lag, war ein anderer. In Schweden konnte man 1905 die Vision von Schweden als Land der Zukunft lancieren, einem Amerika in Europa. Schweden sollte eine industrielle Großmacht werden. Solche Ambitionen hatte man in Norwegen nicht, aber in beiden Ländern waren es die Ausnutzung von Wasserkraft und die Elektrifizierung, die die größten Verheißungen für die Zukunft lieferten. Nicht zufällig ging es genau darum, als der Sozialistenführer Branting 1910 sagen konnte: "Wenn wirkliche nationale Zukunftswerte zur Entscheidung stehen, weichen die politischen Gegensätze von uns."⁷ In der Zwischenkriegszeit fällt auf, dass die Sozialdemokraten die gleiche Sprache sprachen wie die Bürgerlichen, soweit es um die Förderung von Elektrizität und Industrialisierung ging. Auf keinem anderen Gebiet ist das gemeinsame Modernisierungsprojekt so klar zutage getreten. Innerhalb des Industrialismus-Diskurses verblasste die Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Linie hin zu Galbraiths "new industrial state" ist deutlich.

Die totalitäre Bedrohung kam auch von der rechten Seite. Die sozialen Gegensätze, ökonomischen Krisen und die revolutionäre Rhetorik der Sozialisten schafften Unruhe und nährten Skepsis gegenüber dem parlamentarischen System. Es gab Stimmen, die nach einem starken Mann verlangten. Auch diese Bedrohung wurde zurückgewiesen. Die schrittweise Mäßigung der Arbeiterklasse war eine Voraussetzung für diese Zurückweisung. Aber es waren die Bürgerlichen selbst, die den rechtsradikalen Vorstoß in Schweden und Norwegen zurückwiesen, wengleich nicht in erster Linie mit demokratischen Argumenten. Rolf Torstendahl hat festgestellt, dass die Argumente des schwedischen Führers der Konservativen, Arvid Lindman, "gegen den Diktaturgedanken keine Verteidigung der Prinzipien der Demokratie bedeuteten, sondern stets auf das Problem der Freiheit des Individuums gerichtet waren."⁸ Der Führer der norwegischen Konservativen, Carl Joachim Hambro, argumentierte in gleicher Weise, als er sagte, dass die "Diktaturauffassung" gleichermaßen unmöglich sei wie die "Vorstellung von Gesetz und Recht als Spielzeug in den Händen der Machthaber".⁹ Das Prinzip der Machtbegrenzung, Anti-Totalitarismus, oder der aus dem liberalen Erbe erwachsene rechtsstaatliche Schutz des Individuums saßen im Rückenmark des tonangebenden Teils des skandinavischen Bürgertums. Vor allem auf dieser

NORDEUROPAforum

*Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten**

zur Startseite

Grundlage wurde die rechtstotalitäre Bedrohung ebenso abgewiesen wie die linkstotalitäre.

Die Bildung stabiler sozialdemokratischer Regierungen in den dreißiger Jahren leitete eine neue Phase ein. Die Arbeiter waren in die nationale Gesellschaft integriert worden. Die Regierungsmacht konnten sie zunächst mit Unterstützung der Bauernparteien übernehmen. Den Bauern wurde mit Hilfe korporatistischer Ordnungen durch eine tief greifende Krise geholfen. Ebendiese Ordnungen der Zwischenkriegszeit waren es, die zum Muster für die Entwicklung sowohl des Verhandlungskorporatismus als auch des Verwaltungskorporatismus und damit zu charakteristischen Merkmalen der Sozialdemokratie wurden.

Die im Inneren zurückgewiesenen Bedrohungen kehrten als äußere Bedrohungen zurück: der Rechtstotalitarismus in Form des heißen Krieges und der Linkstotalitarismus in Form des Kalten Krieges. Diese äußeren Bedrohungen dominierten die Sicherheitssituation während der gesamten sozialdemokratischen Periode. Dass Hitler-Deutschland Norwegen angriff, nicht aber Schweden, führte beide Länder dazu, unterschiedliche Linien in der Sicherheitspolitik zu wählen. Schweden blieb während des Krieges neutral und setzte die Neutralitätslinie nach dem Krieg fort. Norwegen alliierte sich nach dem Überfall Deutschlands mit den Westmächten und begab sich nach dem Krieg unter den Schirm der NATO. Obwohl die unterschiedlichen Reaktionen auf die äußeren Bedrohungen zu Verstimmungen zwischen beiden Ländern führten, fanden sie dennoch im Ergebnis näher zusammen. Schweden half Norwegen während des Krieges, und während des Kalten Krieges arbeitete man informell, aber eng zusammen.

Zu betonen ist jedoch vor allem der innere Zusammenhalt in der nationalen Politik, zu der diese äußeren Bedrohungen beitrugen. Wie Gerhardsen 1950 sagte:

Wir in Norwegen sind in der glücklichen Situation, dass es vieles gibt, über das wir uns einig sind. Wir sind in der Hauptsache einig über die Außen-, Verteidigungs- und Zivilschutzpolitik [...] Dagegen sind wir uneins über die Wirtschaftspolitik und die Regulierungspolitik. Doch nicht einmal hier ist die Uneinigkeit so groß, wie man mitunter den Eindruck bekommen kann.¹⁰

Erländer hätte das Gleiche über Schweden sagen und dabei die Einigkeit in der Wirtschaftspolitik vielleicht noch stärker betonen können.

Der hohe Grad von Einmütigkeit war eine der Voraussetzungen für die Vollendung des Nationsbildungsprojektes unter der Sozialdemokratie. Gleichzeitig untergrub die Einmütigkeit den demokratischen Prozess. Um 1970 herum kam es schließlich zur Explosion. Waren die großen Reformen wie die Einheitsschule und die soziale Grundsicherung mit breiter Unterstützung zustande gekommen, verwandelte sich die beinah quälende Einigkeit in umfassende Kritik und Uneinigkeit. Die siebziger Jahre wurden zum Jahrzehnt des Streits. Neue radikale Vorstöße auf der einen Seite weckten kräftige Reaktionen auf der anderen. Der Vorschlag der

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

schwedischen LO zur Bildung von Arbeitnehmerfonds 1971 sollte "die alten Kapitaleigentümer ihrer Macht berauben"¹¹. Diese Forderung brach mit Kompromissgeist und Solidaritätsspiel, erzeugte großen Streit und endete in totaler Niederlage. In den achtziger Jahren wurde die „Politik des dritten Weges“ eingeführt, einige sprachen von einem "Rechtsruck". In jedem Fall versuchte der Staat einen vorsichtigen Rückzug aus kolonisierten Bereichen. Die Zivilgesellschaft und besonders der Markt konnten wieder expandieren.

Die Ursache vieler Schwierigkeiten war der Konjunktumschwung zu Beginn der siebziger Jahre. Die gleichmäßige und gute Konjunktur, die die sozialdemokratische Periode bis dahin geprägt hatte, war vorüber. Ebenso dramatisch wie der Konjunktumschwung selbst war indes, dass sich die Kontrolle, die man über die Konjunktur zu haben glaubte, als Fiktion erwies. Man musste lernen, dass der expansive und kolonisierende Staat auf einer guten Portion Hybris aufgebaut war. Der Staat konnte nicht alle Probleme lösen. Er hatte nicht einmal Kontrolle über Ökonomie und Beschäftigung. Die Sozialdemokratie hatte ihren glücklichen Augenblick, aber als die Konjunktur drehte, zeigte sich die Kehrseite der Medaille. Die Welt wurde plötzlich viel schwieriger als man sich vorgestellt hatte. Der Glaube an die Experten schwand und bereitete den Boden für eine Renaissance der Politik.

Der Konjunktumschwung wurde bis zu einem gewissen Grad durch den Anstieg der Ölpreise verursacht. Da Norwegen an der Schwelle zum großen Ölabenteuer stand, hatte der hohe Ölpreis ganz unterschiedliche Folgen. Schweden sollte in den folgenden Jahrzehnten mit schwacher Konjunktur zu kämpfen haben und schließlich seine Spitzenposition als eines der reichsten Länder in Europa verlieren, während Norwegen vorbei an die Spitze ziehen konnte. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung des teuren Wohlfahrtsstaates waren in Norwegen viel günstiger. Trotzdem verlief die Entwicklung in beiden Ländern erstaunlich gleich. Die neuen Probleme waren dieselben und verlangten eine mentale Umstellung, unabhängig von den Öleinnahmen.

Galbraiths Vorstellung von den großen industriellen Korporationen als stabile und selbständige Oligarchien in einer Ökonomie, in welcher der Staat die übergeordnete Kontrolle besitzt, erwies sich ebenfalls als grundfalsch. Die Entwicklung ging in eine andere Richtung. Deregulierung und Internationalisierung waren die Methoden, um der neuen ökonomischen Wirklichkeit zu begegnen. Dies weckte das Finanzwesen zum Leben. Betriebe wurden gekauft und zerstückelt, um ganz oder in Einzelteilen wieder verkauft oder finanziell ausgezehrt zu werden. Diese neue Flexibilität war möglicherweise günstig für die ökonomische Entwicklung, aber sie führte dazu, dass die Betriebe nicht länger ein stabiler Rahmen für Leben und erarbeitete Rechte der Arbeitnehmer waren. Neue Unsicherheit wurde geschaffen, auch im Hinblick auf die Modernitätsvorstellung selbst.

Der Wohlfahrtsstaat war auf den Glauben gebaut worden, dass man die Bedürfnisse allmählich befriedigen und auf diese Weise eine sichere und gesunde Bevölkerung schaffen könne. Nun erlebte man, dass der

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

Wohlfahrtsstaat nicht entsprechend seinen Voraussetzungen funktionierte. Man erkannte sowohl eine "Restnot" als auch eine neue Not. Außerdem erlebte man, dass Bedürfnisse die Tendenz besaßen, schneller zu wachsen, als sie befriedigt werden konnten. "Wohlfahrtskonsumismus" bedeutete, dass die Wohlfahrtsangebote in steigendem Grad als ein Verbrauchsgut gesehen wurden.¹² Statt eines kollektiven Sicherungssystems wurden sie als individuelle Rechte betrachtet, weshalb sich die Menschen auf eine neue Weise dazu verhielten. Man setzte den Ausbau der Angebote fort, doch geschah dies unter wachsendem Druck, die steigenden Kosten unter Kontrolle zu bringen, und allmählich auch ohne die fröhliche Erwartung, seine Ziele zu erreichen.

Der Verlust von Kontrolle und Richtungsbestimmung war eine Seite der mentalen Revolution um das Jahr 1970. Die andere Seite ist, was wir "Freiheitsrevolution" nennen können. In relativ kurzer Zeit sollte das alte Ideal der "Gleichheit" durch "Freiheit" ersetzt werden, und das alte Ideal der "Einheit" durch "Vielfalt". Für die sozialdemokratische Weltanschauung war dies revolutionär. Der Jugendaufbruch um 1968, in dem sich so viele Tendenzen verbänden, war in Skandinavien ein Aufbruch gegen die Sozialdemokratie, das heißt gegen das, was selbst der sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme als die "autoritäre Gesellschaft" bezeichnete.¹³ Man kann dies als Vollendung des Befreiungsprojektes der Moderne charakterisieren. Sie erfolgte in zwei Schritten: von kollektiven zu individuellen Formen der Befreiung. Auch hier sehen wir ein dialektisches Muster: Mit der individuellen Form der Befreiung brach das kollektive Normenfundament ein, aus dem es hervorgegangen war.¹⁴ Die Sozialdemokratie erwies sich als eine Übergangsphase zu etwas, was in jedem Fall keine sozialistische Gesellschaft war.

Hochqualitative Standardlösungen waren das Ziel des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Es sollte keine Wahl geben, alle sollten das Gleiche bekommen, das zugleich das Beste oder das Bestmögliche sein sollte. Die Politik basierte auf der Erfahrung, dass die Freiheit in Form von Wahlfreiheit den Ressourcenstarken zugute kommen würde. Nun wurde die Forderung nach Wahlfreiheit unwiderstehlich. Die Menschen sollten die Schule für ihre Kinder wählen, sie sollten wählen, ob Kleinkinder zu Hause bleiben oder in den Kindergarten gehen sollten, von welchem Arzt man sich behandeln lassen wollte oder zu welcher Tageszeit man seine Einkäufe machen wollte.

Die Entstehung einer Konsum- oder Überflusgesellschaft war kaum das Ideal jener Puritaner und Asketen, die die sozialdemokratische Ordnung geschaffen hatten. Nichtsdestotrotz trugen sie dazu bei. Solange das Wachstum dazu genutzt wurde, sozialen Ausgleich zu schaffen und Armut zu beseitigen, war das Problem nicht so groß, doch der Überfluss stellte sich bald als ein moralisches Problem dar. Die Kritik richtete sich dagegen, dass die Menschen durch Produktreklame und Marketing "instruiert" würden, was sie kaufen sollten. Die Gegenreaktion entstand zu Beginn der siebziger Jahre zuerst in Schweden und anschließend in Norwegen in Form von Maßnahmen zum "Schutz" des Verbrauchers: Marktgesetze, Ombudsleute für Verbraucher und ähnliches. Doch im Kern dienten diese Maßnahmen typischerweise nicht zur Bekämpfung der

NORDEUROPAforum*Zeitschrift für Politik,**Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

Überflussgesellschaft an sich, sondern zur Befreiung des Verbrauchers von der Instruktion, der er unterworfen war. Man sollte selber wählen können. Dies war Teil der Freiheitsrevolution und zugleich eine Konzession an die sich verändernde Wahrnehmung der Gesellschaftsmitglieder: weg von ihrer Rolle als Lohnempfänger und Produzenten und hin zu ihrer Rolle als Verbraucher.

Die Kultur des Aufbruchs mit ihren Freiheitspostulaten und ihrer "Ich-lebe-hier-und-heute-Haltung" trug mit dazu bei, den alten Puritanismus und seine Sparmoral zu untergraben und den Weg in die Konsumgesellschaft zu bahnen. Welche Art "Freiheit" man dabei eigentlich erreichte, kann man natürlich diskutieren. Es ist klar belegt, dass ungesunder Lebensstil klassenbedingt ist. Die Einsicht, die im Gleichheitsideal der Sozialdemokratie lag, dass Wahlfreiheit den Ressourcenstarken zugute kommt, ist bestätigt worden.

Das Einheitsideal, das kulturelle Standardisierungsprojekt, das in erster Linie durch die Einheitsschule realisiert werden sollte, kam ebenfalls unter Druck. Herausgefordert wurde das Einheitsideal vor allem durch die Einwanderung seit den siebziger Jahren. Die Entstehung einer neuen "bunten Gemeinschaft" war nicht gerade das, was das Denken der Sozialdemokratie geprägt hatte. Gemeinschaft ja, aber nicht so bunt. Der Begriff ist im Übrigen aus der Mode gekommen. Nach 30 Jahren gescheiterter Versuche, die richtige Art und Weise zu finden, Menschen mit Einwandererhintergrund in die nationale Gesellschaft zu integrieren, ist das Feld in beiden Ländern noch immer mit Dilemmata beladen. Wer ist "wir"? Es ist symptomatisch, dass in der Öffentlichkeit Schwedens eine "rhetorische Strategie" eingeführt wurde. Die mentalen Vorstellungen der Leute sollten durch die Einführung einer Begriffsverwendung verändert werden, die nicht zwischen "wir" und "den anderen" im Sinne von "ethnischen Schweden" und "Schweden mit Einwandererhintergrund" unterscheidet. Diese Initiative erinnert an die norwegische Wertekommission, die die "positiven Gemeinschaftswerte in der Gesellschaft stärken" sollte, heroische Versuche, eine neue Mentalität von oben zu schaffen.

Der Auflösung einer verbindenden Einheitsvision folgte eine Abrechnung mit den nationalen Mythen. In Schweden ist die pragmatische Neutralität während des Krieges in die Kritik geraten. Gleichzeitig wurde enthüllt, dass die Neutralität während des Kalten Krieges keine Neutralität war. In Norwegen wurde der heroische Widerstandskampf mit einem Fragezeichen versehen. In beiden Ländern kamen repressive Züge, Sterilisierungen und Überwachung, ans Tageslicht. Schweden musste auch das Selbstbild als industrielle Großmacht aufgeben. Dies geschah ziemlich plötzlich in der Krise am Beginn der neunziger Jahre, die zu einem zweiten Poltava wurde, schicksalhaft für den Großmachtstatus. Das skandinavische, oder eher das schwedische, Modell funktionierte nicht länger als Beispiel für andere Länder.

An Unterschieden zwischen Schweden und Norwegen besteht kein Mangel. Obwohl man das Erbe der lutherischen Staatskirche teilt, gibt es andere und tiefe Unterschiede im historischen Erbe. Das moderne Norwegen nahm

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

im 19. Jahrhundert seine frühe Demokratisierung mit in die Konstruktion der nationalen Identität. Das demokratische *Storting* ist nach wie vor das verbindende nationale Symbol. Historische Begebenheiten wie die Unionsauflösung 1905 und der Zweite Weltkrieg wirkten ebenfalls zugunsten der Stärkung der nationalen Gemeinschaft und verbanden diese mit dem demokratischen Erbe und der nationalen Unabhängigkeit. Die nationale, identitätsstiftende gemeinsame Erzählung ist eine Erzählung von der Entwicklung der Demokratie in einem heroischen, kleinen, armen Volk.

Schweden empfand am Beginn der 20. Jahrhunderts ein größeres Bedürfnis, sich von seinem konservativen historischen Erbe zu distanzieren. Schweden setzte darauf, durch Industrialisierung zur Avantgarde der Modernität in Europa zu werden, und wurde es auch. Brantings Satz von 1910, dass im Hinblick auf den Ausbau der Wasserkraft und die Industrialisierung die Gegensätze weichen würden, wenn die "wirklichen nationalen Zukunftswerte zur Entscheidung stehen"¹⁵, hätte zur selben Zeit kaum von einem Sozialdemokraten in Norwegen gesagt werden können. Es ist charakteristisch, dass die großen Industriebetriebe in Schweden zu Symbolen der nationalen Sammlung werden konnten, nicht aber in Norwegen. Der Kern der schwedischen nationalen, identitätsstiftenden Erzählung ist die Erzählung über das Heranwachsen des modernen reichen Industriestaates Schweden. Schweden hatte auch keinen *Venstre*-Staat wie in Norwegen, was bedeutete, dass die Sozialdemokraten zu einem früheren Zeitpunkt zu Gemeinschaftsformern wurden. Dies taten sie unter anderem dadurch, den Konservativen den Begriff "Volkshem" (*folkhemmet*) zu rauben. Das "Volkshem" sollte in Schweden zu einer ähnlich starken Metapher werden wie die 17.-Mai-Rhetorik in Norwegen, weniger heroisch zwar, doch ebenso verbindend und passender für das "neutrale" Schweden.

Im Detail können wir mithin eine Vielzahl von Unterschieden feststellen. Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates erfolgte von verschiedenen Ausgangspunkten aus. Norwegen bekam die Einheitsschule etwa 50 Jahre vor Schweden, während Schweden die Volkspension ungefähr 50 Jahre vor Norwegen bekam. In der Ausgestaltung des sozialen Wohnungsbaus wählte man verschiedene Modelle. Die öffentliche Fürsorge für Kleinkinder ist in Schweden besser entwickelt, was unterschiedliche Auffassungen über die Funktion der Familie für die soziale Integration widerspiegelt. Insgesamt konnte das reichere Schweden den Wohlfahrtsstaat früher und stärker entwickeln als Norwegen.

Und dennoch: Wagen wir eine Gesamtschau und den Vergleich mit dem übrigen Europa, dann fallen die Ähnlichkeiten auf. Die beiden Länder haben sich einander angenähert. Ähnlichkeit und Kommunikation waren hinreichend, um gegenseitig gute Ideen zu übernehmen. Besonders nach dem Krieg ist Schweden ein Modellland für Norwegen gewesen. Freilich ist es eine Sache, gute Ideen zu stehlen, eine andere jedoch, sich in einer Gemeinschaft zu vereinen. Die großen Initiativen zur Schaffung einer nordischen Verteidigungsunion und einer nordischen Zollunion havarierten trotz zahlreicher Anläufe. Aber es gab auch eine Entwicklung in Richtung einer immer engeren Zusammenarbeit in weniger spektakulären Bereichen. Sehr auffällig ist, wie man durch das gesamte Jahrhundert an der

NORDEUROPAforum

Zeitschrift für Politik,

Wirtschaft und Kultur

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang**Summary****Fußnoten****zur Startseite**

Vorstellung eines erweiterten nordischen/skandinavischen "Heimatmarktes" (*hjemmemarked*) festgehalten hat, unabhängig von den politischen Verhandlungen über eine Zollunion. Es ist auch auffällig, wie die Tendenz zur Europäisierung und Internationalisierung in jüngerer Zeit einen stärkeren Bedarf für eine erweiterte Heimatbasis geschaffen hat. Der Norden erscheint als eine natürliche Region in der neuen internationalen Struktur.¹⁶

Heute gibt es Zeichen, dass die norwegische nationale Identität geschwächt ist, aber vielleicht sind andere Identitäten gestärkt. Was ist mit der nordischen Identität oder dem norwegisch-schwedischen Gemeinschaftsgefühl? Die Union zwischen beiden Ländern führte zu ständigen politischen Konflikten. Als sie aufgelöst wurde, war eines der Motive, dass die Auflösung es leichter machen würde, eine Gemeinschaft zu entwickeln. Die Konvergenz der Entwicklung zweier sozialdemokratischer Staaten und die wachsende Zusammenarbeit untereinander zeigen, dass dieser Gedanke so falsch nicht war.

In bestimmten Zusammenhängen kann es also fruchtbar sein, Schweden und Norwegen als eine Einheit mit einer eigenen Identität zu betrachten. Diese liegt in Dingen wie der Sprach- und Kulturgemeinschaft, in der Vorstellung des "Heimatmarktes" und im sozialdemokratischen Erbe. Denn obwohl die Sozialdemokratie verwässert ist, existiert noch immer ein normatives Bedürfnis nach einem angemessen starken Staat, der dafür sorgen kann, dass die Wirtschaft nicht die Politik dirigiert, sondern umgekehrt, so wie Galbraith argumentierte. In diesem Sinne können wir vielleicht sagen, dass Schweden und Norwegen nach wie vor ein sozialdemokratisches Erbe tragen oder dass sie die letzten "Sowjetstaaten"¹⁷ sind, um die Charakterisierung Norwegens durch den schwedischen Wirtschaftsminister Björn Rosengren zu verwenden.

Aus dem Norwegischen von Carsten Schymik

1 Der Aufsatz ist die in Übersetzung gekürzte Fassung eines Beitrages, der im norwegischen Original in *Nytt Norsk Tidsskrift* 3–4/2004 abgedruckt ist. Er gibt Grundgedanken aus dem gleichnamigen Buch des Autors wieder, das anlässlich der Jahrhundertfeier der Unionsauflösung zwischen Schweden und Norwegen 1905 erscheint.

2 Galbraith, John Kenneth: *The New Industrial State*. Boston 1967, 399.

3 Vgl. Sejersted, Francis: "Historiefagets fortellinger." In: Idem: *Norsk Idyll?* Oslo 2003, 15–33.

4 "Mange av 'sorgreaksjonane' i Sverige på 'utflagginga' av Volvo januar 1999, kan tolkast som uttrykk for ei nasjonal kjenslebølge kring tapet av 'folkhemmet på hjul'." Agedal, Olaf: *Nasjonal symbolmakt*. Oslo 2003, 35–36.

5 Barth, Erling, Kalle Moene und Michael Wallerstein: *Likhet under press*. Oslo 2003, 16.

NORDEUROPAforum

*Zeitschrift für Politik,
Wirtschaft und Kultur*

ISSN 1863639X

1/2005

15. Jahrgang (8. der N.F.)

Seiten 47-61

Textanfang

Summary

Fußnoten

zur Startseite

6 “Den demokratiske folkelighet var Skandinavia's gave til verden.” Slagstad, Rune: *De nasjonale strateger*. Oslo 1998, 93.

7 “När verkliga nationella framtidvärden står till avgörande, viker från vår sida de politiska motsättningarna.” Zitiiert in: Vedung, Evert und Magnus Brandel: *Vattenkraften, staten och de politiska partierna*. Stockholm 2001, 35.

8 “[...] mot diktaturtanken aldrig innebar ett försvar för demokratin principer utan alltid var uppbyggda kring problemet om individens frihet.” Torstendahl, Rolf: *Mellan nykonservatism och liberalism*. Uppsala 1969, 97.

9 “[...] forestille sig lov og rett som et tøielig redskap i makthaverens hånd.” Hambro, Carl Joachim: *Moderne mentalitet*. Oslo 1937, 37.

10 “Vi er i Norge i den lykkelige situasjon at det er mye vi er enige om. Vi er i hovedsak enige om utenriks-, forsvars- og beredskapspolitikken [...] Derimot er vi uenige om den økonomiske politikken og om reguleringspolitikken. Men heller ikke her er uenigheten så stor som en iblant kan få inntrykk av.”; zitiiert nach Slagstad 1998, wie Fußnote 6, 262.

11 “[...] beröva de gamla kapitalägarna deras makt.” Åsard, Erik: *Kampen om lötagarfondernas. Fondutredningen från samtal till sammanbrott*. Stockholm 1985, 34.

12 Lorentzen, Håkon: *Fellesskapets fundament*. Oslo 2004, 106f. und 197.

13 Andersson, Jenny: *Mellan tillväxt och trygghet*. Uppsala 2003, 114.

14 Vgl. Lorentzen 2004, wie Fußnote 12, 62–64.

15 Vgl. Fußnote 7.

16 Nordisk Ministerråd (Hg.): *Over grænsen efter konkurrenceevne*. Kopenhagen 2002.

17 SVT, 23. September 1999.